SSOAR

Open Access Repository

www.ssoar.info

Rußland: Rückkehr in die Weltarena: aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen des Jahres 2002

Bomsdorf, Falk

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bomsdorf, F. (2003). *Rußland: Rückkehr in die Weltarena: aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen des Jahres 2002.* (SWP-Zeitschriftenschau, 05/2003). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365397

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Zeitschriftenschau

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Rußland: Rückkehr in die Weltarena

Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen des Jahres 2002

*Falk Bomsdorf**

Der Jahrgang 2002 der russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen übertrifft seine Vorgänger: Er ist der interessanteste und in Einzelfällen auch nachgerade spannendste, seit in Rußland wieder frei über Außen- und Sicherheitspolitik nachgedacht und geschrieben werden kann. Der Grund für all das ist letztlich der 11. September 2001: Seine Bedeutung für Rußland und seine politische Klasse kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Artikel und Essays des Jahrgangs 2002 spiegeln diese Tatsache wider: In ihnen wird – und das macht den Unterschied zu den publizistischen Schnellschüssen des Herbstes 2001 aus – mit einem gewissen zeitlichen Abstand und vor dem Hintergrund der unterdessen von Präsident Putin getroffenen grundlegenden Entscheidungen über den 11. September und seine Folgen für Rußland nachgedacht und die gewandelte außen- und sicherheitspolitische Lage des Landes reflektiert.

Die Artikel des Jahrgangs 2002 lassen vor allem *einen* Schluß zu: Die Stimmung der russischen politischen Klasse hat sich gewandelt. In den vergangenen Jahren hatte man sich selbst bemitleidet, die vergangene Größe des Landes wie ihre Wiederkunft beschworen und den Westen und vor allem die USA für Rußlands Schwäche verantwortlich gemacht. Zwar gab es auch Autoren, die nüchtern die Lage analysierten und in realistischer Einschätzung dem Land einen bescheideneren Platz in der Weltarena zuwiesen. Doch waren ihre Stimmen in der die allgemeine Stimmungslage kennzeichnenden merkwürdigen Mischung aus Jammer und Trotz kaum zu vernehmen.

In dieser Hinsicht ist unterdessen eine substantielle Änderung eingetreten. Fast ist man versucht, von einem Paradigmenwechsel in der Empfindungswelt der russischen politischen Klasse zu sprechen: Rußland ist stark. Es ist in die internationale Arena zurückgekehrt. Mehr als das: Es ist dort einer der bedeutendsten Akteure. Wie ist es zu diesem Sinneswandel – das Wort trifft den Kern der Erscheinung – gekommen? Ursache ist die Tatsache, von der russischen politischen Klasse in ihrer Mehrheit deutlich wahrgenommen und in den Artikeln im Berichtszeitraum zum Ausdruck gebracht, daß Rußland, bis vor kurzem in der Weltarena und vor allem in der amerikanischen Wahrnehmung noch eine Quantité negligeable, wieder gebraucht wird. Und zwar in mehrfacher Hinsicht und gerade von dem Lager, das

* Der Autor, ehemaliger Mitarbeiter der SWP, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung.

man bisher für den eigenen Niedergang verantwortlich gemacht hat und vielfach noch macht: vom Westen und insbesondere den USA.

Die neue russische Machtwährung: Öl und Gas

Zu denen, die Rußlands neue Macht beschwören, gehört **Vitalij Tret'jakov**, der jahrelang die *Nezavisimaja gazeta* geleitet hat. Er steht nun der von ihm im Vorjahr ins Leben gerufenen Unabhängigen Verlagsgruppe vor und gibt in dieser Eigenschaft seit Anfang 2002 eine neue Zeitschrift heraus, die unter der Bezeichnung *Mirovaja energetičeskaja politika* (etwa »Globale Energiepolitik«) erscheint und sich letztlich nichts anderem widmet als dem Thema »Energieressourcen und Macht«. In einem Aufsatz im zweiten Heft der neuen Publikation (»Soll Rußland sich mit der Rolle des ›Juniorpartners‹ begnügen?«) macht Tret'jakov den USA und den Europäern, vor allem aber seinen eigenen Landsleuten klar, daß Rußland stark ist. Man solle doch aufhören, ständig die Schwäche Rußlands herauszustellen, ruft er »Beamten, Politikern, Geschäftsleuten und Intellektuellen« in Rußland zu, die fremden und eigenen Beteuerungen der russischen Schwäche glaubten. Rußland könne keineswegs nur von einer Position der Schwäche aus handeln – im Gegenteil. Der Mai des Jahres 2002, so Tret'jakov im vierten Heft seiner Zeitschrift geradezu glückselig, habe die russischen Patrioten mit Erfolgen der russischen transnationalen Korporationen, wie er sie bereits nennt, erfreut: Vier von ihnen figurierten im neuesten Kapitalisierungsrating, das die *Financial Times* veröffentlicht habe, unter den ersten 500. Im europäischen Vergleich seien es sogar neun, und unter den 100 größten osteuropäischen Unternehmen stelle Rußland ein Drittel. So etwas habe es früher nicht gegeben. Die Bodenschätze seien für Rußland die entscheidende Stärke; sie gäben dem Land ein kolossales Potential für eine aktive Politik.

In der heutigen Welt, so der Autor weiter, könne ein Land, das keinen Energiekomplex besitze, kein vollwertiger Akteur in der außenpolitischen Arena sein. Wenn aber ein Staat über einen solchen Komplex verfüge, könne er damit die Verluste kompensieren, die er wegen mancher Schwäche seiner Politik unweigerlich hinnehmen müsse. Bisweilen könne ein Land seine Schwächen mit seinem Energiekomplex sogar mehr als nur wettmachen und seine Souveränität so über ihr »natürliches Ausmaß« hinaus stärken. Öl und Gas sind also für Tret'jakov Instrumente, mit denen Rußland seine Nachteile gleichsam eskamotieren kann.

Rußland als unentbehrliche Macht

Viele Autoren scheinen zu spüren, daß Öl und Gas allein Rußland nicht zu einer neuen Machtstellung verhelfen. Als Beispiel können die Artikel von **Vjačeslav Nikonov** und **Vladimir Lukin** dienen. Sie gehören zu den grundlegenden Beiträgen russischer Autoren in der ersten Nummer von *Rossija v global'noj politike* (Rußland in der Weltpolitik), einer neuen Zeitschrift, die in Verbindung mit *Foreign Affairs* und unter der Ägide des Moskauer Rates für Außen- und Verteidigungspolitik und des Russischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer (Arbeitgeber) seit Dezember 2002 herausgegeben wird und auch auf englisch erscheint. Wie der Vorsitzende des Redaktionsrates und Spiritus Rector des ganzen Unternehmens, **Sergej Karaganov**, in seinem Vorwort zur ersten Ausgabe (»Führer durch die gegenwärtige Welt«) erkennen läßt, soll das Bild Rußlands als einer zweitrangigen Macht, immer weniger fähig zu globalem Einfluß, verändert, soll der russischen politischen und wirtschaftlichen Elite die Realität des 21. Jahrhunderts nahegebracht werden, damit vor diesem Hintergrund die nationalen Inter-

essen des Landes formuliert werden können.

Vjačeslav Nikonov, Präsident der Stiftung Politik und einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Redaktionsrates der neuen Zeitschrift (und Enkel des langjährigen sowjetischen Außenministers Molotov), unterstreicht die Stellung Rußlands, indem er in seinem Artikel (»Zurück, zum Konzert«) zunächst darauf hinweist, daß die USA keinesfalls allmächtig seien: Sie seien zwar die einzige Supermacht, aber keinesfalls die einzige Macht. Und Rußland sei zwar nicht die UdSSR; gleichwohl habe das Land unübersehbare Stärken. Es folgt eine Argumentationskette, wie man sie vielfach lesen kann: Rußland nehme ein Achtel der Erdoberfläche ein; mit Blick auf die Bevölkerungszahl (145 Millionen) stehe es an sechster Stelle. Beim Bruttoinlandsprodukt befinde sich das Land nicht, wie immer wieder behauptet werde, auf der Höhe der Niederlande, sondern, wenn man nur die Kaufkraft und nicht den Wechselkurs des Rubels zugrunde lege, an neunter Stelle, mit Aussicht auf den sechsten Platz im Jahr 2015. Die Arbeitsproduktivität habe um 28 Prozent zugenommen, gegenüber einem »nicht überzeugenden« amerikanischen Zuwachs von 13 Prozent. Rußland verfüge nach wie vor über ein riesiges militärisches Potential. Das Land sei eine der beiden nuklearen Supermächte, aber auch in konventioneller Hinsicht stark: So besitze Rußland etwa wesentlich mehr Panzer und gepanzerte Fahrzeuge als die USA. Die Lösung vieler regionaler Probleme hänge von Rußland ab: Belarus', Zentralasien, Transkaukasus, die eurasischen Verkehrskorridore, der Transport von Energieträgern, das europäische Sicherheitssystem, der Nahe Osten, die beiden koreanischen Staaten – überall habe Rußland eine »einzigartige« Funktion. Schließlich habe Rußland eine Revolution globalen Maßstabes bewirkt: Durch den Fall des Eisernen Vorhanges habe es das »Wiedererstehen des Systems nichtkonfrontativen Zusammenwirkens der großen Mächte« ermöglicht. Nikonovs Fazit: »Die Rolle Rußlands in der Welt ist groß.« Mehr als das: Rußland ist die »unentbehrliche Macht«.

Vladmir Lukin, ehemaliger russischer Botschafter in den USA, stellvertretender Parlamentspräsident, stellvertretender Vorsitzender der linksliberalen Partei Jabloko und Mitglied des Redaktionsrates der neuen Zeitschrift, ist viel zu sehr Intellektueller, als daß er die Stärke Rußlands überwiegend in materiellen Faktoren sähe. Für ihn liegt die Aussicht des Landes, »wieder zu einer führenden Macht zu werden, von der der Vektor der globalen Entwicklung in vielem abhängt«, in anderen Umständen begründet. Sie kommen in der Überschrift zum Ausdruck, die Lukin seinem Artikel gegeben hat: »Eine russische Brücke über den Atlantik«.

Hinter dieser zunächst reichlich absurd erscheinenden Formulierung steckt die Überzeugung des Autors, daß erstens nicht ein Konflikt unterschiedlicher Zivilisationen gegenwärtig die größte Gefahr darstelle, sondern ein Konflikt innerhalb *einer* Zivilisation, nämlich der atlantischen, und daß zweitens Rußland mit Blick auf den Ausgang dieser Auseinandersetzung entscheidenden Einfluß besitze. Den Widerspruch zwischen den beiden Polen der atlantischen Zivilisation, Amerika und Europa, wie Lukin ihn sieht, deutet er als Folge seiner Auffassung, wie sie sich gegenwärtig zu bestätigen scheint, daß nämlich beide Seiten ungeachtet ihres gemeinsamen Wertesystems unterschiedliche Ansätze besäßen, soweit es um die »Selbstverwirklichung« ihrer Staaten gehe, wie er formuliert.

In Europa halte man es für an der Zeit, entschiedenere Schritte zu unternehmen, um eine allumfassende globale Rechtsordnung zu schaffen, in deren Rahmen sowohl die eigenen als auch die Interessen anderer bedeutender Akteure auf der internationalen Bühne berücksichtigt würden. Die traditionelle europäische Weltsicht gründe auf dem Cartesianischen Prinzip des Zweifels und bringe folglich die Neigung zu Kompromiß und ständiger Selbsthinterfragung hervor. Das relativ junge, einzigartig mächtige und daher

selbstgewisse Amerika dagegen reduziere die internationalen Beziehungen auf das einfache Prinzip »Was mein ist, ist mein – was anderen gehört, ist potentiell auch mein«. Grundlage einer solchen Weltsicht sei letztlich die schon den amerikanischen Gründervätern eigene Vorstellung von der Auserwähltheit der USA und ihrer besonderen Mission in der Welt, als »das Gott nächste Land«.

Rußland nun könne – und darin sieht Lukin dessen besondere Stärke – in langfristiger Perspektive wesentlich das politische Klima auf beiden Seiten des Atlantiks beeinflussen. In geschichtlich-kultureller Hinsicht sei Rußland ein vornehmlich europäisches, in geopolitischer ein eurasisches Land. Gleichzeitig gebe es infolge zahlreicher historischer, psychologischer und strategischer Umstände eine »besondere Chemie« in den Beziehungen zwischen Rußland und den USA. In dieser zweifachen Eigenschaft könne Rußland also mit dem Bonus besonderer Beziehungen zu den USA nach Europa zurückkehren. Damit eröffne sich Rußland die historische Chance, die Rolle eines »inneratlantischen Integrators« auszufüllen, eines Landes, das die Mission auf sich nehme, politische Breschen in den Beziehungen zwischen den USA und Europa wieder aufzufüllen, und das danach strebe, Katalysator und Initiator dreiseitigen gemeinsamen politischen Handelns zu sein. Lukin schließt sich also in seinem Artikel nicht der Auffassung an, wie sie im Verlauf des Jahres die politische Klasse Rußlands immer mehr erfaßt hat: die Europäer als unsichere Kantonisten und ewige Kritiker Rußlands links liegen zu lassen und sich den USA als der einzigen Macht zuzuwenden, die sich voll auf die Seite Rußlands gestellt habe.

Was tun mit der neuen Stärke?

Was aber will, was soll Rußland mit seiner neuen Stärke anstellen? Worauf soll es abzielen? **Tret'jakov** befürwortet in der Einführung zur ersten Nummer seiner Zeitschrift (»Macht–Geld–Energiewirtschaft«) die Nutzung russischer wirtschaftlicher Macht, nämlich die Verfügung über Öl und Gas, um politische Ziele zu erreichen. Energie ist, so offenbar der Autor, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Oder umgekehrt: Politik scheint für ihn gleichsam die Verlängerung der Energieressourcen zu sein, über die ein Land verfügt. Das war für Tret'jakov schon immer so: Anfang des 20. Jahrhunderts seien Rußland und die USA die wesentlichen Förderer von Öl gewesen. Sei es in dieser Perspektive etwa ein Zufall, fragt der Autor, daß beide Nationen in der Folgezeit die Welt in zwei globale Einflußzonen aufgeteilt hätten? Die Frage zeigt, was Tret'jakov im Sinn hat: Wer die meisten Rohstoffe hat, soll den meisten Einfluß haben.

In der Verfolgung seines Ansatzes bewegt Tret'jakov vor allem eine Frage: Wie soll sich Rußland, das weltweit über die größten Vorkommen von Energieträgern und anderen Bodenschätzen verfüge, entwickeln, damit es, so der Autor in einer bemerkenswerten Formulierung, »nicht erneut in die Lage eines Landes gerät, das mit seinem Reichtum nicht vernünftig umgehen kann«? Tret'jakov bleibt eine detaillierte Antwort schuldig. Notwendig sei in erster Linie, diese Ressourcen nutzen zu wollen und sie zu nutzen verstehen. Dazu sei die gerade erst entstehende Energiediplomatie Rußlands das geeignete Instrument. Sie müsse man allerdings richtig einsetzen; nur dann sei das Land wirklich eine Energiegroßmacht. Gas etwa sei durchaus als politische Waffe zu verwenden – auch das sei Energiediplomatie. Gegenüber Georgien, so läßt der Autor in einem ebenso merkwürdigen wie bezeichnenden Hinweis erkennen, habe man diese Waffe nicht eingesetzt; dementsprechend habe man dieses Land »verloren«.

Ähnliche Andeutungen macht Tret'jakov auch mit Blick auf Europa, dessen Haltung gegenüber Rußland ihm mißfällt. Wenn man sich in Europa für Rußland interessiere, dann nur wegen der russischen Rohstoffe. Dieses Interesse indessen sei erneut begrenzt: durch die Furcht, in eine

Energieabhängigkeit von Rußland und der russischen Industrie zu geraten. So gesehen, werde sich Rußland, möge es seine »Examina bei der EU« auch mit »ausgezeichnet« bestehen, nie in der Europäischen Union wiederfinden – es sei denn, und hier kommt Tret'jakovs Machtphilosophie zum Tragen, Rußland besinne sich auf seine Stärken, nämlich seine Rohstoffe. Öl und Gas also als Instrument, um den Abstand Rußlands zu den entwickelten Industrienationen zu überbrücken, als Mittel, um die Position des »Juniorpartners« gegenüber den USA zu verlassen, als Vehikel, um als volles und gleichberechtigtes Mitglied in die europäischen Institutionen aufgenommen zu werden – das ist Tret'jakovs Konzeption.

Daß die Gedanken Tret'jakovs und seiner Gesinnungsgenossen bereits Wirksamkeit entfalten, zeigt sich übrigens in einem Artikel von **Ivan Rudanovskij**, erschienen in der fünften Ausgabe von *Mirovaja energetičeskaja politika* unter der Überschrift »Warum kommt es wieder zu Geheimhaltung?«. Rudanovskij merkt an, daß die russische Führung begonnen habe, die strategischen Rohstoffvorräte des Landes in außenpolitische Erfolge zu konvertieren. Daher ist es für ihn nicht verwunderlich, daß sich, wie er findet, die Einstellung gegenüber diesen Rohstoffen in Rußland spürbar geändert hat. Erneut tauche insbesondere mit Blick auf den Umfang der ausbeutbaren Lagerstätten der halb vergessene Begriff des »Staatsgeheimnisses« auf. Wie kommt das, fragt sich Rudanovskij. Seine Antwort: «Die Sache riecht nach großer Politik.«

Nikonov zielt mit seiner Haltung zur neuen russischen Stärke und ihrer Umsetzung zunächst auf die Änderung des politischen Bewußtseins in Europa wie in den USA ab. Der Westen müsse einsehen, daß Rußland für eine geordnete Regelung der Weltprobleme unentbehrlich sei; die Anerkennung seiner Rolle als selbständiger globaler Akteur, läßt Nikonov erkennen, sei überfällig. Darüber hinaus ist die neue russische Stärke für Nikonov ein wesentliches Argument, um zwei der von ihm als möglich angeführten »Megaszenarien« für die künftige politische Entwicklung auszuschließen: zum einen die Hegemonie der USA, zum andern die Variante von Chaos und Katastrophen, die ohne Antwort der Weltgemeinschaft bleiben. Nikonov befürwortet ein drittes Szenarium: Er will, so Titel und Untertitel seines Aufsatzes, »zurück zum Konzert, aber diesmal zum globalen«. Was der Autor damit meint, ist die Rückkehr zur Ordnung des fast vergessenen Konzerts der Mächte, das Europa – so jedenfalls glaubt Nikonov – von 1815 bis 1914 einen »hundertjährigen Frieden« gesichert habe. In der Wiederauflage dieses Konzertes müßten neben den USA, die häufig in der Rolle des Solisten aufträten, Rußland, die Europäische Union, Indien, Japan und China die wesentlichen Parts übernehmen; die Aufgabe der Organisation falle der UNO, der G 8, einer erneuerten NATO, der WTO und der OECD zu. Den islamischen Staaten billigt Nikonov in diesem Konzert bemerkenswerterweise keine Rolle zu. Sie gehörten einem Kulturkreis an, der als einziger das westliche Wertesystem ablehne. Außerdem wendeten sich die Staaten, die in dem neuen Konzert mitspielten, gegen einen gemeinsamen Feind, den Terrorismus. Zwar sei dies, so Nikonov, politisch nicht korrekt, doch müsse man darauf hinweisen, daß die islamischen Führer, wenn sie behaupteten, daß der Islam keinerlei Verbindungen zum Terror besitze, den Wunsch für die Wirklichkeit ausgäben.

Auch **Lukin** will mit seiner Beschreibung der besonderen russischen Position als »inneratlantischer Integrator«, in der er die spezifische Stärke des Landes sieht, politisches Bewußtsein beeinflussen: im Westen wie in Rußland selbst. In Europa solle man von der verbreiteten Haltung ablassen, in Rußland einen »äußeren Faktor« zu sehen, ein Rohstoffanhängsel und Erlediger der »schmutzigen Arbeit«, der nur in kleinen Dosen nach Europa hineingelassen werde, wobei die Zusammenarbeit auf dekorative, äußerliche Formen beschränkt bleibe. Statt

dessen solle man einsehen, wie Lukin in unübersehbarem Anklang an die Berliner Rede von Präsident Putin ausführt, daß die Alte Welt alle wirtschaftlichen, technologischen, geopolitischen und kulturellen Ressourcen zusammenfassen müsse. Nur ein Europa von Lissabon bis Vladivostok könne eine führende Rolle in der Welt spielen. Und eine vernehmbare europäische Politik sei ohne Berücksichtigung des Faktors Rußland unmöglich. In einem Satz: Rußland müsse zu einem »inneren Faktor« der europäischen Integration werden.

Darüber hinaus müsse es auch zu einem »inneren Faktor« des atlantischen Raumes werden. Dabei dürfe in Europa nicht der Eindruck entstehen, als wolle Rußland im alten sowjetischen Stil die Widersprüche zwischen beiden Seiten des Atlantiks ausnützen. Rußland nehme vielmehr eine qualitativ neue Stellung ein: Die Europäer bräuchten die USA immer weniger in ihrer bisherigen Eigenschaft als »strategischen Garanten« – weil es keine Bedrohung aus dem Osten mehr gebe. Nun komme – in einer Umkehrung der Lage – Rußland als Garant ins Spiel: gegen den drohenden Druck von seiten des bisherigen »Garanten«, der Vereinigten Staaten. Es sei unverkennbar, daß Rußland in einer ganzen Reihe bedeutender Fragen eher eine europäische denn eine amerikanische Haltung einnehme.

Seinen Landsleuten macht Lukin die strategische Wahl deutlich, vor der sie seiner Auffassung nach stehen. Rußland müsse sich wieder einmal, wie so oft in seiner Geschichte, entscheiden: Sei es das östlichste Land des Westens oder das westlichste Land des Ostens? Für die Formulierung einer Antwort empfiehlt Lukin die folgenden Kriterien: Im Rahmen welcher Makrostruktur lasse sich die russische Eigenart organisch verwirklichen? Wo könne sich in größerem Umfang Rußlands schöpferisches Potential entfalten, wo lasse sich das zerstörerische einhegen? Für Lukin ist die Antwort klar: »Die Besonderheit Rußlands, die bereits die positivsten Auswirkungen auf die globale Zivilisation gezeigt hat, ist im 21. Jahrhundert geeignet, sich innerhalb des atlantischen Raumes optimal zu manifestieren, nicht aber außerhalb seiner Grenzen.«

Die außenpolitische Strategie für das nächste Jahrzehnt müsse darauf gerichtet sein, im euro-atlantischen Milieu zu bleiben und die Funktion des politisch-diplomatischen Integrators der beiden atlantischen Pole auszufüllen. Dabei müsse man – ein Satz des Autors, den man sorgfältig lesen muß – auf der einen Seite ein unverhohlenes Dominieren einer der beiden Pole vermeiden, auf der anderen Seite dürfe man zu stark zugespitzte Konfliktsituationen zwischen ihnen nicht zulassen. Wenn Rußland dieser strategischen Linie folge, werde es nicht zum Opfer seiner »krankhaften Einbildungskraft und seiner Nostalgie« werden, sondern könne das Wesentliche erreichen: eine relativ ruhige und beständige Entwicklung über die kommenden zwei bis drei Jahrzehnte bei gleichzeitiger Mitwirkung an den internationalen Angelegenheiten und der Führung einer aktiven Außenpolitik.

Die ewig Gestrigen

Nicht alle Autoren indessen sehen eine neue Stärke Rußlands, sondern eher das genaue Gegenteil. Zu ihnen gehören diejenigen, die ihre grundsätzliche Abneigung gegen den Westen im allgemeinen und die USA im besonderen nicht überwinden und von ihrer Vorstellung einer Sonderrolle Rußlands nicht ablassen können oder wollen. Die Tatsache, daß die Artikel dieser Autoren in renommierten Zeitschriften abgedruckt werden, zeigt, daß ihre Gedanken in der russischen politischen Landschaft keineswegs als abwegig eingeordnet, sondern durchaus als diskussions- und veröffentlichungswürdig angesehen werden.

Repräsentativ ist etwa **Andranik Migranjan**, Vizepräsident der Stiftung Reform und Professor am Moskauer Institut für internationale Beziehungen (MGIMO), der vom

russischen Außenministerium unterhaltenen und nunmehr mit Universitätsstatus versehenen Ausbildungsstätte für künftige Führungskräfte. In der ersten Nummer von *Mirovaja energetičeskaja politika* (»Das zentralasiatische Aufmarschgebiet oder der dritte geopolitische Rückzug Rußlands«) und ähnlich in einem Aufsatz in der Juliausgabe von *Svobodnaja mysl'* (»Ende Rußlands?«) vertritt er die Auffassung, daß sich gegenwärtig die dritte Etappe des russischen »geopolitischen und geostrategischen Rückzugs« vollziehe; er führe zur Unterwerfung der russischen Politik unter die Interessen der USA.

Einen solchen Rückzug sieht der Autor vor allem in Zentralasien. Dort hätten sich die USA in einer Art geopolitischem Sprint im Hinterland Rußlands wie auch Chinas und Irans festgesetzt. Damit ändere sich die Geopolitik sowohl der Region wie der Welt insgesamt, und zwar auf lange Zeit. Die USA und der Westen sicherten sich neue Energieressourcen mitsamt ihren Transportwegen; die zentralasiatischen Staaten würden dem Einfluß der Nachbarstaaten entzogen und durch die USA sowohl gegen den islamischen Fundamentalismus als auch gegen vor allem wirtschaftliche Expansionsgelüste Rußlands und Chinas abgeschirmt. Gleichzeitig verstärkten die USA ihre bisherigen Bemühungen im Transkaukasus, wie Migranjan die südkaukasischen Staaten in sowjetischer Diktion immer noch nennt. Sollte diese amerikanische Strategie erfolgreich sein, werde Rußland sich nicht nur aus Zentralasien, sondern auch aus dem Transkaukasus zurückziehen müssen. Wenn man die Ausdehnung der NATO berücksichtige, rückten die USA also von Westen wie von Südosten an Rußland heran. Nächstes Objekt westlichen Drucks würden Belarus' und sein Präsident sein. Und nachdem man Rußland schließlich eingekreist habe, werde man versuchen, auf die inneren Prozesse Rußlands einzuwirken, etwa auf die Tschetschenienfrage und die Problematik von Meinungsfreiheit und Menschenrechten. Die USA hätten zum Prozeß »einer weichen Demontage« Rußlands angesetzt. Sie zielten zusammen mit den übrigen westlichen Staaten auf die Zergliederung Rußlands und die Neuaufteilung seiner Ressourcen ab. Sie strebten keine Stärkung Rußlands als Faktor der Einhegung Chinas und der islamischen Welt an, sondern im Gegenteil die Liquidierung des Landes in seinen gegenwärtigen Grenzen.

Leonid Ivašov, Vizepräsident der Akademie für geopolitische Probleme, einer der vielen Gründungen jüngeren Datums, und als Generaloberst bis in die Anfangszeit von Präsident Putin im Verteidigungsministerium für die Beziehungen zum Westen zuständig, geht im Septemberheft von *Svobodnaja mysl'* (»Globale Sackgasse oder Harmonie der Zivilisationen«) noch weiter. Rußland sehe sich wie die Welt als solche gegenwärtig einer »oligarchischen Mafia« mit Washington an der Spitze gegenüber. Diese ziele mit ihrer »faschistischen Ideologie« auf die Vereinheitlichung der Zivilisationen und die Offenheit aller Grenzen ab. Auf diese Weise wolle sie ihre »fortgeschrittene Zivilisation« durchsetzen, die sie als den »intellektuellen Kern der Menschheit« ausgebe; letztlich indessen sei es das Ziel der USA, die Verfügungsgewalt über Rohstoffe zu erlangen. Die Amerikaner teilten die Welt neu auf. Sie kontrollierten bereits West- und Mitteleuropa, den Balkan, den Nahen Osten, die Mittelmeerregion, Lateinamerika und Japan. Nunmehr eigneten sie sich »mit dem Recht des Siegers« den Raum an, der früher Einflußzone der UdSSR gewesen sei oder aber keinem der Blöcke angehört habe. Künftig sei eine weitere Ausdehnung der USA in Zentralasien zu erwarten sowie eine Verstärkung des Drucks auf China, Iran, Pakistan und Indien. Im Zentrum der Aufmerksamkeit werde indessen, wie bisher, Rußland stehen. Letztlich folgten die Amerikaner den Rezepten der klassischen Geopolitik: Rußland sei das »Herzland«; wer es besitze, beherrsche Eurasien; und wer Eurasien beherrsche, beherrsche die Welt.

Was tun? Vor dieser klassischen russischen Frage sehen sich auch die Autoren. Migranjan führt Montesquieu an und

dessen Erkenntnisse über die Grenzen jeder imperialen Ausdehnung; er möchte darauf hoffen, daß das amerikanische Imperium und der Globalismus in seiner amerikanischen Spielart von selbst zusammenbrechen. Aber da ist er sich nicht sicher, und so verfällt er auf einen anderen Ausweg. Auch er befürwortet eine Strategie der Integration Rußlands in die neuen internationalen Beziehungen; doch müsse das Land eine bestimmte Distanz gegenüber den USA und dem Westen insgesamt beachten und dürfe auch eine scharfe Konfrontation mit ihnen nicht fürchten. Nur so könne Rußland sich im Innern konsolidieren; nur so werde der Westen die russischen Interessen in Betracht ziehen. Rußland müsse den Westen mit seinem Drohpotential konfrontieren, um auf diese Weise seine Integration in die westliche Welt zu erreichen. In dieser Beziehung, schreibt der Autor, sei die militärpolitische Zusammenarbeit Rußlands mit China, Indien, Iran und anderen wesentlichen Regionalmächten gar nicht zu überschätzen. Was Migranjan mit dieser erstaunlichen Argumentation meint, ist offenbar dies: Rußland soll seine »bargaining power«, seine Verhandlungsmasse in der internationalen Arena verstärken, indem es sein Schadenspotential, seine »nuisance power«, ins Spiel bringt. Ob ein solches Vorgehen freilich geeignet ist, um, wie Migranjan schreibt, »Rußland unter wenn auch nur minimaler Berücksichtigung seiner Interessen in die zivilisierte Welt zu integrieren«, erscheint eher zweifelhaft.

Ivašov ist in seiner Argumentation konsequenter: Er will keine Integration Rußlands in das westlich dominierte System. Was er statt dessen befürwortet, stellt sich allerdings als eine, milde ausgedrückt, merkwürdige Gedankenmischung dar: Slavophilie und Eurasismus, Geopolitik und Antiamerikanismus – all dies kommt zusammen und führt, getragen von einer blühenden Phantasie, zu einem Ergebnis, das wenig über die Welt, aber viel über den Autor aussagt – immerhin, es sei wiederholt, einen der bis vor kurzem höchsten aktiven Offiziere im russischen Militärapparat.

Ivašovs Alternative zum liberalen, westlichen Weg – ein System »gleichberechtigter und harmonischer Beziehungen zwischen den Staaten« – ruht auf einer heterogenen Grundlage: Der Autor will »die orthodox-slavische Zivilisation mit russischen islamischen Organisationen bei aktiver Unterstützung durch die chinesische und indische Kultur und Tradition« zum Zentrum für die Herausbildung einer neuen Weltsicht machen; die Machtstrukturen und die Zivilgesellschaft (!) Rußlands sollen dann diese Ideen in die Praxis der internationalen Beziehungen umsetzen. Ivašov hofft, daß diese Ideen, insbesondere die Dominanz der geistigen über die, wie er formuliert, unheilvollen Werte des Konsums, auf der Welt Unterstützung finden, vor allem »bei den Ländern und Völkern, die die Ausweglosigkeit und Gefahr der Verwirklichung des amerikanisch-westlichen Modells globaler Entwicklung sehen« und die die Gemeinschaft über das Individuum stellen.

Um dem westlichen System in seiner Übermacht widerstehen zu können, bedürfe es, so Ivašov, einer breiten Koalition von Staaten; sie müßten eine gleiche geistige Ausrichtung besitzen und sich am Gedanken der Gemeinschaft und der Herrschaft der Ideen orientieren. Zu diesen Ländern zählt der Autor neben Rußland die ehemaligen Sowjetrepubliken, ferner die »traditionellen Verbündeten Rußlands in der arabischen Welt und auf dem Balkan«, Kuba, Indien, China, Iran und auch – wegen seiner orthodoxen Religion – Griechenland. »Eine solche geopolitische Allianz«, so Ivašov, »übertrifft an Potential den atlantischen Block, die ›goldene Milliarde‹, und gewährleistet die Schaffung der Einen Welt auf der Grundlage der ›Harmonie der Zivilisationen‹.« Doch lasse sich dieses Bündnis sicherlich nicht schnell verwirklichen; daher müsse zunächst »ein geopolitischer Kern« geschaffen werden, der mächtig genug sei, um dem Anprall der westlichen Zivilisation zu widerstehen. Für Ivašov sollten Rußland,

Indien, China und Iran diesen Kern bilden, also Staaten, die seiner Auffassung nach in ideell-religiöser, wissenschaftlich-technischer, geopolitischer sowie militärischer und demographischer Hinsicht für die gestellte Aufgabe geeignet seien. Hinzutreten könnten zu diesem Bündnis Mächte, die aus historischen Gründen gegenwärtig Mitglieder der atlantischen Welt seien, die aber, wie Ivašov findet, ihrer geopolitischen Lage und ihren nationalen Traditionen nach zum anderen Lager gehörten: Deutschland, Japan, Südkorea. Ergebnis einer solchen Entwicklung wäre eine erneute »globale Bipolarität«: zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Blöcke – ein atlantischer und ein kontinentaler Block. Letzterer sei, wie der Autor meint, stärker: Er verfüge über mehr Rohstoffe und Energieträger, sei territorial größer und könne, da auf *einem* Kontinent gelegen, den Vorteil der inneren Linie nutzen. In langfristiger Perspektive, so Ivašov, könne diese Überlegenheit zu einer Erosion des atlantischen Blocks und zu seiner »Konvergenz« mit dem kontinentalen Block führen.

Was denkt, was will Putin?

Zahlreiche Autoren äußern sich zur Politik von Präsident Putin, teilweise zurückhaltend, nicht selten aber auch sehr offen. Ein Beispiel bietet die Märznummer der Zeitschrift *Svobodnaja mysl';* in ihr wird die **Diskussion eines Runden Tisches** abgedruckt, der unter der Ägide der politischen Bewegung Otečestvo (Vaterland) und des analytischen Fernsehmagazins »Postscriptum« des Moskauer Senders TVC stattgefunden hat, also von Institutionen, die Putin zumindest bis vor einiger Zeit eher kritisch gegenüberstanden; die Veröffentlichung trägt die Überschrift »Stunde der Wahrheit für den Präsidenten?«.

Igor Bunin, namhafter Politologe und Direktor des Zentrums für politische Technologien, weist auf strukturelle Probleme in Putins Rußland hin: Das Land habe fast nur Untertanen und kaum Bürger; die Folge sei Putins Paternalismus. Die öffentliche Meinung folge dem Präsidenten, ebenso, wenn auch widerwillig, die Elite unter Einschluß der Militärs; allerdings registrierten diese Kreise mit ihrem Großmachtkomplex jeden Fehler des Präsidenten. **Andranik Migranjan** hält dafür, daß Putins Politik der Konsolidation der Macht nicht die gewünschten Resultate erbracht habe. Dem stimmt **Sergej Karaganov** zu: Das wesentliche Problem bei der Verwirklichung der Politik des Präsidenten bestehe darin, daß die Mehrheit seiner Entscheidungen in der Praxis nicht umgesetzt werde – eine ebenso kurze wie trockene Bemerkung, die das Verheerendste ist, was man über das System und letztlich auch über den Präsident aussagen kann. **Boris Nadežkin**, Dumaabgeordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der rechtsliberalen Union der rechten Kräfte fragt, was denn nun im Lande verwirklicht werden solle: eine »gelenkte Demokratie« (so bekanntlich die Formel Putins) oder eine »gelenkte Bürokratie«. Rußland stehe vor einer grundsätzlichen Wahl: Entweder bilde sich eine normale bürgerliche Gesellschaft heraus, oder es werde keinerlei »öffentliche Politik« geben, sondern der Präsident werde alle Ziele bestimmen, alle Entscheidungen treffen. Bei allen Siegen des Liberalismus und der Marktwirtschaft, die in Rußland erzielt worden seien, bestehe doch, so Nadezkin, die Tendenz zur zweiten Option, also zur Herrschaft *eines* Mannes.

Aleksej Puškov, Fernsehjournalist und bedeutendes Mitglied der russischen »strategic community«, kritisiert die Außen- und Sicherheitspolitik des Präsidenten, ohne ihn freilich zu nennen; vielmehr richtet er seine kritischen Anmerkungen wie so viele andere Autoren an die »Macht« (vlast') als eine gleichsam anonyme Institution, mit der der Präsident, so scheint es, nichts zu tun hat. Die öffentliche Meinung in Rußland sei heute gegenüber vielen Entwicklungen, indifferent: Sie berühre weder der Abzug russischer Truppen aus Kuba und Vietnam noch das Auftauchen der Amerikaner in Mittelasien oder die zweite

Welle der NATO-Erweiterung. Die Exekutive gebe das als großen Erfolg aus. Doch erhebe sich die Frage, bis zu welcher Stufe Rußland die Verringerung seiner Bedeutung hinnehmen könne. Indem Rußland in all diesen Fragen nicht protestiere, riskiere es, über das Niveau eines »ernstzunehmenden Klienten« (ser'eznyi klient) auf das eines »Klientchens« (klientik) des Westens zu sinken. Ist das, so fragt Puškov am Schluß seines Diskussionsbeitrages – und der Leser weiß nicht genau, ob die Frage rhetorisch gemeint ist –, Präsident Putin recht? Puškov gibt an anderer Stelle, nämlich in der vierten Nummer von *Mirovaja energetičeskaja politika* die Antwort (»Quo vadis?«): Es irrten diejenigen, die erklärten, daß das russische Bestreben, die Rolle einer Großmacht (velikaja deržava) zu spielen, einer Chimäre gelte, gleichsam einem Phantomschmerz entspringe und einen aus der vergangenen »Supermächtigkeit« folgenden Komplex darstelle. In Wirklichkeit sei dieses Bestreben »der einzig mögliche und der einzig rationale Weg für Rußland«. Demgemäß müsse Rußland in Eurasien, dem »Herzstück« der Welt, präsent sein und bleiben. Hier entwickelten sich die ernstesten internationalen Krisen; hier seien die wichtigsten Rohstoffe des Planeten konzentriert; hier agierten demgemäß alle führenden Akteure der Welt. Dabei gehe es um die Frage, »wer und in welchem Ausmaß das Schlagen dieses geopolitischen, wirtschaftlichen und Ressourcenherzens der Menschheit bestimmen werde«. Keine Macht könne, so Puškov, aus dieser Auseinandersetzung aussteigen: Es gehe in ihr nicht so sehr um Prestige oder symbolische Größe als vielmehr um konkrete und praktische Interessen, die sich in Dollars, Barrel und Kubikmetern ausdrückten; in letzter Instanz gehe es um das Wohlergehen der Nationen. Rußland müsse sich also engagieren und behaupten; dies gelte insbesondere mit Blick auf das Öl der kaspischen Region und den bestimmenden Einfluß auf den Transkaukasus.

Vitalij Tret'jakov interpretiert die Haltung des Präsidenten in den Fragen globaler Macht in dem bereits zitierten Artikel aus der zweiten Nummer seiner Zeitschrift *Mirovaja energetičeskaj politika* (»Soll Rußland sich mit der Rolle des ›Juniorpartners‹ begnügen?«). Einige Angehörige der russischen politischen Klasse glaubten an die Ernsthaftigkeit von Putins Bescheidenheit. So habe etwa die bekannte Politologin Lilija Ševcova kürzlich geschrieben, Rußland habe bewußt und freiwillig die Rolle des Juniorpartners im Verhältnis zu den USA übernommen. Für Tret'jakov indessen ist die Position des Präsidenten nicht ernst gemeint. Jedenfalls – auch hier bemerkt man, wie ein Autor sich hinter anderen versteckt – sähen die »deržavniki«, wie Tret'jakov sie nennt, also die auf eine starke staatliche Macht setzenden Mitglieder der politischen Klasse, das nicht so. Sie wüßten, daß Putin gezwungen sei, so zu sprechen, wie er es tue – denken aber könne er ganz anders. Schließlich sei das Auseinanderklaffen von Worten und Gedanken Putins auch in der Widersprüchlichkeit der russischen Außenpolitik zu erkennen. Seine Überzeugung wagt Tret'jakov noch nicht offen auszusprechen; er kleidet sie in eine Frage, die er – erneut diese Methode – zudem anderen zuschreibt: Die russische politische Klasse stelle sich die Frage, ob die Übernahme der Rolle des »Juniorpartners der anderen (!) Großmacht« nur eine taktische Verbrämung einer anderen strategischen Linie sei oder ob die Taktik bereits zum Inhalt der Strategie geworden sei. Bei dieser etwas opaken Formulierung klingt eines an: Tret'jakov hält die Politik Putins offenbar für eine Art großangelegtes Täuschungsmanöver, ausgerichtet auf den Gewinn einer »peredyška«, also einer strategischen Pause zum Atemholen und Kräftegewinnen, nach der Rußland, ganz nach Art Peters des Großen, dem Westen wieder den Rücken zukehren kann, sobald die alten Machtpositionen eingenommen oder neue, noch imposantere erreicht sind. Mit dieser Haltung steht er nicht allein: Zahlreiche Mitglieder der russischen politischen Klasse, die Putins Wende nach Westen nur zähneknirschend hingenommen haben,

tolerieren sie oder gewinnen ihr gar etwas ab, indem sie sie so interpretieren, wie Tret'jakov dies tut.

Dmitrij Trenin, ehemaliger Offizier der sowjetischen Streitkräfte und seit einigen Jahren stellvertretender Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums, kritisiert in der Juninummer des von Carnegie herausgegebenen *Briefing* (»›Der neue Kurs‹ Putins: Die Wende ist gefestigt. Wie weiter?«) genau diese Haltung der russischen politischen Klasse. Präsident Putin habe die russische Außenpolitik vom Kopf auf die Füße gestellt. »Die Notwendigkeiten der Modernisierung des Landes – vor allem die wirtschaftlichen – und nicht die veralteten und oft überzogenen Vorstellungen der Elite über die Machtgröße bestimmen das praktische Handeln des Kremls.« Zu dieser Politik gebe es, so Trenin, keine Alternative – und doch sei ihre Grundlage brüchig. Elite und Gesellschaft leisteten ihr zwar keinen Widerstand; doch bedeute das nicht, daß sie diese Politik akzeptierten. Die Elite liege auf der Linie der alten Primakov-Politik; die Gesellschaft hänge an den überkommenen Stereotypen; die Bürokratie, auf die der Präsident bei der Durchsetzung seines Kurses ja angewiesen sei, bremse bei der Reform der Außen- und Sicherheitspolitik. Das Verteidigungsministerium sei generell unreformierbar, das Außenministerium im letzten Jahrzehnt zur Stütze des »neosowjetischen Konservatismus« geworden, wie Trenin formuliert.

Wiederum also eine Kritik an bestimmten Institutionen, die der Sache nach aber Kritik am Präsidenten ist: Er kann sich, auch hier wieder diese Feststellung, gegenüber den beiden genannten Ministerien nicht durchsetzen. Dabei geht Trenins Kritik am Verteidigungsministerium und den Streitkräften besonders weit. Das russische Verteidigungsestablishment sei unfähig oder unwillig, sich von den alten Vorstellungen zu lösen und insbesondere die USA aus der Zahl der potentiellen militärischen Gegner im 21. Jahrhundert zu streichen. Dies führe zum weiteren Verfall des russischen Militärs, was Trenin – ein vielsagender Hinweis – an die Moskauer Strelitzen des ausgehenden 17. Jahrhunderts erinnert, von denen bekanntlich viele unter Peter dem Großen wegen Meuterei auf dem Roten Platz hingerichtet wurden. Trenin weiter: Die Kampfkraft der russischen Streitkräfte sei heute derart niedrig und der Grad der Korrumpiertheit derart hoch, daß das russische Militär in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit nicht reformierbar sei. Dies bringe Gefahren für die russische Gesellschaft wie für die internationale Gemeinschaft mit sich. Der einzige Ausweg aus dieser unerträglichen Lage sei, so der Autor, die »Schaffung von Elementen einer neuen Armee *unabhängig* von der bestehenden«.

Auch die Außenpolitik des Präsidenten wird von Trenin kritisiert. Gegenüber Europa habe man sich, wie etwa das Problem Kaliningrad zeigt, noch nicht entschieden: Wolle man Begrenzung des Schadens, der durch die EU-Erweiterung entstehe, oder maximale Nutzung der darin liegenden Möglichkeiten? Gegenüber dem Osten fehle eine klare russische Strategie. Rußland brauche insbesondere beständige gutnachbarliche Beziehungen zu China. Die »strategische Partnerschaft« mit diesem Land dürfe indessen nicht, wie früher von russischer Seite, als auf Errichtung eines antiwestlichen Blockes gerichtet angesehen werden. Rußland müsse klarstellen, daß seine allseitige Annäherung an Europa sowie die Partnerschaft mit den USA die Sicherheit Chinas nicht bedrohten. Rußland brauche aus Gründen seiner inneren Entwicklung enge wirtschaftliche Verbindungen zu China; die politische Zusammenarbeit sei wichtig zur Stabilisierung in Zentralasien und auf der koreanischen Halbinsel. Doch dürfe China nicht die Funktion der Hauptstütze der russischen Ostasienpolitik übernehmen. Für diese Rolle empfiehlt Trenin vielmehr Japan: Rußland und Japan seien »natürliche geopolitische und wirtschaftliche Partner«.

Trenin beschließt seinen Artikel mit seinem ceterum censeo: Um Teil der modernen Welt zu werden, müsse Rußland

zunächst den Weg tiefgreifender Reformen aller Seiten seines Lebens gehen. Das gelte auch und gerade mit Blick auf die gesellschaftlichen Werte. Besonders das Zusammenwirken mit der Außenwelt könne zum wesentlichen Faktor der inneren Transformation des Landes werden. Solange es allerdings in Rußland weder einen Rechtsstaat gebe noch ein demokratisches Regime, weder Marktwirtschaft noch garantierte Menschenrechte und Grundfreiheiten, hätten die Beziehungen zum Westen nur einen begrenzten und pragmatischen Charakter. Doch liege, so beschließt Trenin seinen Artikel, wohl vieles des von ihm Skizzierten jenseits der Grenze, bis zu der Vladimir Putin zu gehen bereit sei. Die Hauptsache indessen sei nicht die Grenze, sondern die Richtung der Bewegung.

Wie nun steht es im Innern Rußlands? Dieser Frage widmet sich in der Wochenzeitung *Novaja gazeta* vom 11. November der Vorsitzende der linksliberalen Partei Jabloko, **Grigorij Javlinskij**. Unter der Überschrift »Erniedrigte Menschen schaffen nicht die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts« analysiert er die politische und wirtschaftliche Lage. Dabei wendet er sich auch gegen westliche Stimmen, die im Rußland Putins nur die Stabilität erkennen und weder begreifen, um was für eine Art von Stabilität es sich handelt, noch sehen, daß mit Stabilität allein die wesentlichen Probleme Rußlands nicht zu lösen sind. Völlig unberechtigt sei, so Javlinskij, die westliche Begeisterung über die Verbesserung der russischen Staatsfinanzen. Deren viel gelobte Gesundung und der ausgeglichene Staatshaushalt seien nur dadurch erreicht worden, daß man für Gebiete, die für einen zivilisierten Staat lebenswichtig seien, wie Bildung, Wissenschaft, soziale Sicherung und Gesundheitsfürsorge, schlicht keine Gelder vorgesehen habe. Mit einem solchen »Minibudget« könne man die dringendsten Aufgaben natürlich nicht erfüllen: Weder könne man die Staatsbediensteten anständig bezahlen noch moderne Streitkräfte unterhalten; ein unabhängiges Gerichtssystem könne ebensowenig geschaffen werden wie ehrliche und professionelle Rechtsschutzorgane. Darüber hinaus habe die chronische Unterfinanzierung dazu geführt, daß sich der Zustand der Infrastruktur in Rußland spürbar verschlechterte, ebenso ihre Zuverlässigkeit und Sicherheit – mit der Folge, daß das Risiko technogener und ökologischer Katastrophen gestiegen sei.

In Rußland sei durch das Versagen des sowjetischen Modells ein marktwirtschaftlicher Mutant entstanden. Dieses System sei zwar imstande, bestimmte zeitbedingte Probleme der Modernisierung des Landes zu lösen. Doch sei es nicht fähig, den Rückstand Rußlands gegenüber den entwickelten Staaten aufzuholen. Dies gelte insbesondere dann, wenn man sich einmal die Liste der Felder ansehe, für die dringend Gelder zur Verfügung gestellt werden müßten: Streitkräfte, Kommunalwirtschaft, Medizin, Bildung, demographische Krise, Erschließung Sibiriens, wirtschaftliche Lage des russischen Fernen Ostens. Selbst wenn das gegenwärtige russische System in bestimmten Bereichen die Entstehung lokaler Inseln sozial-wirtschaftlicher Beständigkeit zulasse, führe es objektiv zur Demodernisierung Rußlands und zur Degradation seiner Gesellschaft.

Präsident Putin beginne zu verstehen, was in Rußland vor sich gehe. Aber er begreife auch, daß er in seiner Handlungsfähigkeit durch die eingeschränkt sei, die ihn an die Macht gebracht hätten. Immer deutlicher werde zudem, daß Putin sich nicht so sehr auf die eigene Macht abstützen könne, sondern sich Macht auf andere Weise verschaffen müsse, etwa durch das Ausspielen verschiedener Gruppierungen gegeneinander sowie durch Kompromisse. Putin ist also, so muß man Javlinskij verstehen, keineswegs allmächtig. Doch wenn er Mut habe, könne er einen anderen Weg beschreiten: Er könne die Freiheit des Wortes wiederherstellen, die Unabhängigkeit der Gerichte garantieren, ehrliche Menschen an der Macht teilhaben lassen, eine Regierung bilden, die nicht mit den korporativen Clans zusammenhänge, den

Mechanismus des Runden Tisches nutzen und diejenigen Vertreter der Elite hinzuziehen, die bereit seien, sich über ihre eigennützigen Interessen zu erheben, um so das Abgleiten des Landes in die Hinterhöfe der Zivilisation abzuwenden

Aber, mit dieser eher pessimistischen Note beschließt Javlinskij seinen Artikel, ist das nicht wieder die Hoffnung auf den »guten Zaren«, der erneute Versuch eines »Kampfes um den guten Präsidenten mit den schlechten Bojaren und Generälen«? In gewissem Ausmaß schon, gibt er selbst die Antwort. Aber dies sei nun einmal die vorausbestimmte Besonderheit der realen Macht in Rußland.

Die äußere und die innere Dimension der russischen Politik

Wer in den Zeitschriften des Jahrgangs 2002 von einer neuen Stärke Rußlands redet oder umgekehrt dessen Schwäche beklagt, spricht kaum je von einer Dimension, die doch für beide Sichtweisen von großer Bedeutung sein müßte: von der inneren Lage des Landes. Innenpolitik, Reform von Staat und Gesellschaft, kurz die Gesundung Rußlands – all das scheint keinerlei Auswirkung auf seine Stellung in der Welt zu haben. Nur wenige Autoren, meist die aufgeklärtesten Stimmen der russischen politischen Klasse, gehen auf die Wechselwirkung von innen und außen ein und betonen, daß Voraussetzung für ein Erstarken Rußlands in der internationalen Arena ein Erstarken des Landes im Innern sei. Aber auch bei ihnen wird häufig nicht klar, was Priorität hat: Soll Innen- und Reformpolitik betrieben werden, weil sie Voraussetzung für äußere Stärke ist oder weil sie dem Wohlergehen der Gesellschaft und damit den Bürgern des Landes dient? Das ist keineswegs eine akademische Frage; vielmehr geht es um das Selbstverständnis des Landes, aber auch um das Menschenbild seiner politischen Klasse.

Mit dieser Problematik, mit der »äußeren und inneren Dimension der politischen Geschichte Rußlands« befaßt sich ein Artikel, der in der Juninummer von *Meždunarodnaja žizn'* erschienen ist (»Politische Geschichte Rußlands«). Der Artikel gehört zu den Höhepunkten des Jahrgangs 2002 der russischen politischen Journale. Sein Autor, **Jurij Pivovarov**, ist Direktor des Instituts für wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften (INION) und Präsident der Russischen Vereinigung für politische Wissenschaften. Pivovarov gehört zu den aufgeklärtesten Köpfen der russischen Geisteswissenschaften und der russischen politischen Klasse; er kennt Europa und Deutschland, wo er Gastprofessor an der Katholischen Universität Eichstätt war und einen Forschungsaufenthalt an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen verbracht hat.

Bevor der Autor die ihm gestellte Frage nach dem Wechselverhältnis der äußeren und inneren Dimension russischer Politik und nach ihrer Wertigkeit beantwortet, will er »an das allen Bekannte erinnern«, daran, daß Rußland sich gegenwärtig in einer »einzigartigen Situation« befindet. 500 Jahre lang, seit Bestehen des Moskauer Staates, habe sich ein Prozeß ständiger territorialer Erweiterung vollzogen, dessen eines Ziel der Zugang zu den Meeren war. Dieser Prozeß habe sich nun – »unter unseren Augen« – umgekehrt: Rußland sei auf den Stand des 16. Jahrhunderts zurückgeworfen worden, nahezu auf den Status eines »land-locked«-Staates zurückgefallen, habe etwa eine Million Quadratkilometer und 75 Millionen Menschen verloren. Und anders als im Ersten und Zweiten Weltkrieg, als Rußland ebenfalls große Gebiete habe aufgeben müssen, sei der Verlust von heute wahrscheinlich unwiederbringlich.

Dies ist der Kontext, in dem Pivovarov die äußere und innere Dimension der russischen Politik und ihr Verhältnis in historischer Perspektive skizziert. Zu diesem Zweck unternimmt er gleichsam einen Zug durch die russische Geistesgeschichte. Dabei stellt er unter Anführung von Zitaten des russischen Historikers

Vasilij Ključevskij (1841–1911) und des Historikers und Politikers **Pavel Miljukov** (1859–1943) zunächst fest, daß in der russischen Geschichte stets die Außenpolitik die Innenpolitik dominiert habe. Was habe zu diesem Phänomen geführt? Die Antwort läßt er einen dritten Historiker geben, **Sergej Solov'ev** (1820–1879): Rußland sei ein riesiger Kontinentalstaat, nicht durch natürliche Grenzen geschützt, offen nach Osten, Süden und Westen. Folglich habe man sich ständig der Feinde aus allen Richtungen erwehren müssen und sei gezwungen gewesen, auf Dauer starke Streitkräfte zu unterhalten. Einen ungenannten modernen Autor läßt Pivovarov ergänzend anmerken, die Bedürfnisse von Verteidigung und Sicherheit – also von Außenpolitik, wie Pivovarov hinzufügt – hätten von den Anfängen Rußlands an den Vorrang vor allem anderen gehabt. Erst seien die Unverletzlichkeit des Territoriums und die Sicherheit seiner Menschen gekommen; dann habe man an die übrigen Notwendigkeiten des Landes und seiner Bewohner denken können. Und erneut unter Berufung auf Miljukov: Seit Ende des 15. Jahrhunderts hätten alle wesentlichen Reformen in Rußland, insbesondere jene der staatlichen Verwaltung, ihren Grund in dem Problem gehabt, wie man Geld und Streitkräfte beschaffen könne; letztlich seien alle Reformen von den außenpolitischen, den militärischen Bedürfnissen diktiert worden.

Als sein Zwischenergebnis hält Pivovarov fest: Die russische Geographie habe den Vorrang der Außen- vor der Innenpolitik zur Folge gehabt. So sei Rußland in ein Militärlager verwandelt und eine Mentalität der Macht geschaffen worden. Alles im Lande sei der Lösung äußerer Aufgaben untergeordnet gewesen; unter diesem Prinzip seien Gesellschaft, Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung behandelt worden, seien die Reformen Ivans III., Peters I. und Alexanders II. durchgeführt und ausgerichtet worden. Wie es Anfang des 20. Jahrhunderts der russische Ökonom und Politiker **Petr Struve** (1870-1944), der »bedeutendste politische Denker Rußlands« jener Zeit, formuliert habe: Das innere Wohlergehen jeden Staates und so auch Rußlands ist der äußeren Macht und ihrer Mehrung unterzuordnen.

Dem entspreche es, so Pivovarov, daß alle drei russischen Ideologien oder Mythensysteme die Position Rußlands in der Welt in ihren Mittelpunkt gestellt hätten; damit habe erneut der äußere Aspekt die Innenpolitik des Staates bestimmt. »Moskau – das Dritte Rom«, »Rechtgläubigkeit, Selbstherrschaft, Volkstümlichkeit« sowie das, wie Pivovarov formuliert, säkulare Analogon zum »Dritten Rom«, nämlich der Kommunismus: Sie alle hätten die einzigartige Stellung des russischen Staates in der Welt zum Ausgangspunkt wie zum Ziel gehabt; die innere Entwicklung des Landes sei ganz auf diese Selbstsicht ausgerichtet worden. Die Folge dieser Entwicklung sei letztlich, so Pivovarov, die angemaßte «weltweite Spannweite« der russischen Kultur. Die russische Literatur, so merkt Pivovarov an anderer Stelle seines Artikels an, sei das Gewissen der Welt gewesen; gleichzeitig sei der russische Staat zum Schreckgespenst für die Freiheit der Völker geworden.

Pivovarov läßt keinen Zweifel daran, daß er die Auffassung von der Priorität der äußeren Macht vor den inneren Bedürfnissen des Landes nicht teilt. Seine Meinung kommt in den Ausführungen des russischen Philosophen und religiösen Denker **Georgij Fedotov** (1886–1951) wie in jenen des russischen Philosophen und Historikers **Jurij Samarin** (1819–1876) sowie des bereits angeführten Historikers **Vasili Kljucevskij** (1841–1911) zum Ausdruck, die er am Schluß seines Artikels zitiert. Zunächst Kljucevskij: »In dem Ausmaß, in dem sich bei uns das Territorium zusammen mit dem Wachsen der äußeren Kräfte ausdehnte, wurde immer mehr die innere Freiheit des Volkes eingeschränkt. Die Anspannung der Tätigkeit des Volkes erstickte seine Kräfte, in dem durch Eroberungen erweiterten Wirkungskreis vergrößerte sich das Ausmaß der Macht, doch es verringerte sich die Kraft des Volksgeistes.

Die äußeren Erfolge des neuen Rußland erinnern an den Flug eines Vogels, den ein Luftwirbel trägt und der sich nicht durch die Kraft seiner Flügel in die Höhe erhebt.«

Dann Samarin mit Ausführungen, die er 1856 nach dem Pariser Frieden gemacht hat, der den Krimkrieg beschloß: »Wir haben nicht vor den äußeren Kräften des westlichen Bündnisses kapituliert, sondern vor unserer eigenen Ohnmacht ... Wir müssen uns uns selbst zuwenden, die eigentlichen Ursachen unserer Schwäche ergründen, dem wahren Ausdruck unserer inneren Bedürfnisse Gehör schenken und ihrer Befriedigung unsere ganze Aufmerksamkeit und alle unsere Mittel widmen. Nicht in Wien, nicht in Paris und nicht in London, sondern nur im Innern Rußlands werden wir den uns gehörenden Platz im Kreis der europäischen Mächte erkämpfen; denn die äußere Macht und die politische Bedeutung eines Staates hängen nicht ... von der Menge von Silber und Gold, die verschlossen in der Staatskasse liegen, auch nicht von der Stärke der Armee, sondern vor allem von der inneren Einheit und der Festigkeit des gesellschaftlichen Organismus ab.«

Schließlich Fedotov. Er habe, so Pivovarov, die Auffassung vertreten, der äußere Faktor könne sich wohltuend auf die innere Entwicklung Rußlands auswirken. Als Beleg zitiert Pivovarov den nach dem Zweiten Weltkrieg im amerikanischen Exil geschriebenen Artikel »Das Schicksal der Imperien«; in ihm hat der Autor den Untergang der Sowjetunion vorhergesagt. Für Rußland werde dieser Zusammenbruch, so Fedotov, positive Folgen haben: Der Verlust des Imperiums werde eine moralische Reinigung bewirken, eine Befreiung der russischen Kultur von der schrecklichen Bürde, die ihren geistigen Charakter entstelle. Das militärischer und polizeilicher Sorgen enthobene Rußland könne zu seinen inneren Problemen zurückkehren – zum Aufbau einer freien sozialen Demokratie. Doch nach dem Kommunismus sei der russische Mensch verroht und verhärtet. Wahrscheinlich sei mehr als eine Generation nötig, um ihn umzuformen, um zur Tradition der russischen Kultur zurückzukehren und durch sie zum russischen Christentum. Auf diese große Aufgabe solle sich die russische Intelligenz bereits jetzt vorbereiten, statt den illusorischen Adlern des Imperiums nachzujagen.

Samarin, Kljucevskij und Fedotov, dies offenbar Pivovarovs Meinung, sind eher vereinzelte Stimmen geblieben. Ein wirkliches Verständnis der organischen Beziehungen zwischen Außen- und Innenpolitik habe sich bis heute, so der Autor, in Rußland nicht eingestellt. Es gibt, wie man hinzufügen muß, Ausnahmen. Für sie stehen Namen wie Lilija Ševcova, Dmitrij Trenin, Jurij Davydov, Tat'jana Parchalina, Lev Gudkov, Andrej Piontkovskij – und eben Jurij Pivovarov, um nur die wichtigsten zu nennen. Doch sie bleiben, was sie sind: Ausnahmen. Nach wie vor überwiegt in Rußland ein Verständnis von der Priorität der äußeren Macht, der gegenüber die inneren Bedürfnisse der Gesellschaft, der Menschen, des Individuums nachgeordnet sind.

Pivovarov hält all dies nicht für ein vorübergehendes Phänomen. Die entsprechende Haltung sei vielmehr für Rußland und seine politische Kultur »konstitutiv und systembildend, substantiell und permanent«. Weit weg noch ist offenbar die Haltung des englischen Staatsmannes William Gladstone, dessen Worte Pivovarov ebenfalls zitiert: »Das Hauptprinzip meiner Außenpolitik ist eine gute Regierung im Innern des Landes.« Pivovarov hat daher in historischer Perspektive ein gewisses Verständnis für die Haltung des Westens, der, wie er meint, im Osten des Kontinents nicht nur Despotismus, Autokratie und Totalitarismus bekämpft habe, sondern Rußland selbst, zumindest in seiner Gestalt als Großmacht: weil das Wesen der russischen sozialen Ordnung, ob nun Zarismus oder Kommunismus, unauflöslich mit jener »todbringenden räumlichen Ausdehnung« Rußlands und ihrer von Zeit zu Zeit stürmischen Expansion nach Europa verbunden sei.

Vorgestellte Veröffentlichungen

Ivašov, Leonid, Global'nyj tupik ili garmonija civilizacij [Globale Sackgasse oder Harmonie der Zivilisationen], in: Svobodnaja mysl', (September 2002) 9, S. 21–28

Javlinskij, Grigorij, Unižennye ljudi ne sozdadut ekonomiku XXI veka [Erniedrigte Menschen schaffen nicht die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts], in: Novaja gazeta, 11.11.2002 (http://2002.novayagazeta.ru/nomer/2002/83n/n83n-s23.shtml)

Karaganov, Sergej, Putevoditel' po sovremennomu miru [Führer durch die gegenwärtige Welt], in: Rossija v global'noj politike, (November/Dezember 2002) 1, S. 7–8

Lukin, Vladimir, Rossijskij most čerez Atlantiku [Eine russische Brücke über den Atlantik], in: Rossija v global'noj politike, (November/Dezember 2002) 1, S. 100–106

Migranjan, Andranik, Central'no-aziatskij placdarm ili Tret'e geopolitičeskoe otstuplenie Rossii [Das zentralasiatische Aufmarschgebiet oder der dritte geopolitische Rückzug Rußlands], in: Mirovaja energetičeskaja politika, (März 2002) 1, S. 18–21

ders., Konec Rossii? [Das Ende Rußlands?], in: Svobodnaja mysl', (Juli 2002) 7, S. 4–12

Nikonov, Vjačeslav, Nazad, k Konzertu [Zurück, zum Konzert], in: Rossija v global'noj politike, (November/Dezember 2002) 1, S. 78–98

o.V., »Moment istiny« dlja prezidenta? [»Stunde der Wahrheit« für den Präsidenten?], in: Svobodnaja mysl', (März 2002) 3, S. 3–14

Pivovarov, Jurij, Političeskaja istorija Rossii [Politische Geschichte Rußlands], in: Meždunarodnaja žizn', (Juni 2002) 6, S. 41–53

Puškov, Aleksej, Quo vadis?, in: Mirovaja energetičeskaja politika, (Juni 2002) 4, S. 22–24

Rudanovskij, Ivan, Počemu vnov' pojavilas' sekretnost'? [Warum wieder Geheimhaltung?], in: Mirovaja energetičeskaja politika, (Juli/August 2002) 5/6, S. 52–55

Trenin, Dmitrij, ›Novyj kurs‹ Putina: povorot zakreplen. Čto dal'še [›Der neue Kurs‹ Putins: Die Wende ist gefestigt. Wie weiter?], in: Briefing Moskovskogo centra Karnegi, 4 (Juni 2002) 6

Tret'jakov, Vitalij, Stoit li Rossii dovol'stvovat'sja rol'ju ›mladšego partnera‹? [Soll Rußland sich mit der Rolle des ›Juniorpartners‹ begnügen?], in: Mirovaja energetičeskaja politika, (April 2002) 2, S. 4–5

ders., Dva prezidenta i dva rejtinga [Zwei Präsidenten und zwei Ratings], in: Mirovaja energetičeskaja politika, (Juni 2002) 4, S. 4–5

ders., Vlast'–den'gi–energetika. »Mirovaja energetičeskaja politika«: načinaem razbirat'sja (Macht–Geld–Energiewirtschaft. »Globale Energiepolitik«: Wir beginnen, uns zurechtzufinden], in: Mirovaja energetičeskaja politika, (März 2002) 1, S. 4–5

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org